

Lauter Ruf nach Entlastung

Eine Studie belegt: Das geplante Inflationsausgleichsgesetz bringt Besserverdienern mehr als ärmeren Haushalten. Kanzler Scholz stellt Hilfen auch für Rentner und Studenten in Aussicht.

VON BARBARA SCHÄDER

Berlin. Vor Ablauf des Tankkrabatts und des 9-Euro-Tickets in der nächsten Woche verstärkt sich der Ruf nach neuen Entlastungen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte bei einem Bürgergespräch in Magdeburg: „Wir gucken genau auf die Situation von Familien, von Rentnerinnen und Rentnern, von Studierenden. Wir werden auch dafür sorgen, dass diejenigen, die verdienen, aber trotzdem rechnen müssen, steuerlich entlastet werden.“

Ärmere profitieren kaum

Das von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) vorgeschlagene Inflationsausgleichsgesetz bringt dieser Gruppe nicht viel. Das zeigen Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Lindner will verhindern, dass Lohnsteigerungen in Höhe der Inflationsrate sofort von der Einkommensteuer aufgezehrt werden – die sogenannte kalte Progression.

Die ZEW-Berechnungen zeigen allerdings: Betrachtet man die Auswirkung des geplanten Gesetzes auf die verfügbaren Einkommen, so profitieren die unteren Einkommensschichten am wenigsten.

Holger Stichnoth, Leiter der ZEW-Forschungsgruppe „Ungleichheit und Verteilungspolitik“, hält das Gesetz gleichwohl für richtig. „Der Ausgleich der kalten Progression ist in Zeiten hoher Inflation geboten.“ Er sei aber „keine Antwort auf die Probleme, die sich durch die steigenden Lebenshaltungskosten ergeben, weil die unteren Einkommensschichten kaum entlastet werden.“ Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken forderte am Freitag: „Wir müssen denen helfen, die sich nicht selbst helfen können und die über keine Rücklagen verfügen.“

Bezieher von Wohngeld oder Sozialhilfe sowie Bafög-Empfänger haben wegen der hohen Energiekosten im Juli bereits Zuschüsse erhalten. Für Familien gab es außerdem – unabhängig vom Einkommen – einen Zuschlag zum Kindergeld. Er-

„Wir gucken genau auf die Situation von Familien, von Rentnern, von Studierenden. Wir werden auch dafür sorgen, dass diejenigen, die verdienen, aber trotzdem rechnen müssen, steuerlich entlastet werden.“

Olaf Scholz
Bundeskanzler

Foto: dpa



werbstätige erhalten zudem im September eine Energiekostenpauschale, die der Einkommensteuer unterliegt. Die Pauschale stieß aber auf Kritik, weil Rentner leer ausgehen.

Zeit für Steuerreform?

Theoretisch wäre denkbar, die Einkommensteuer so zu reformieren, dass Geringverdiener noch stärker entlastet werden – was allerdings ein Loch in die Staatskasse reißen würde. Zur Gegenfinanzierung wären dann Steuererhöhungen für andere Einkommensgruppen notwendig. „Darüber kann man diskutieren, darf aber nicht außer Acht lassen, dass die oberen Einkommensklassen schon jetzt einen erheblichen Teil der Steuerlast tragen“, sagt Silke Übelmesser, Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Jena. Die aktuellen Probleme durch eine umfassende Steuerreform zu lösen, hält sie für unrealistisch:

MEINUNG: Kommentar
WIRTSCHAFT: weiterer Bericht